

Zusätzliche Vertragsbedingungen (HHVA-VOL/B)

Hinweis:

Die folgenden Vertragsbedingungen gelten neben den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen (VOL/B) in der Fassung vom 05.08.2003. Das Rangverhältnis der Bedingungswerke zueinander bestimmt § 1 VOL/B. Die in Klammern gesetzten Verweise beziehen sich auf die Paragraphen der VOL/B.

1. Art und Umfang der Leistungen (zu § 1)

(1) Die angebotenen Preise sind Festpreise ohne Umsatzsteuer.

Diesen Festpreisen wird die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe hinzugesetzt.

(2) Durch die vereinbarten Preise sind im Zweifel sämtliche Leistungen des Auftragnehmers einschließlich Nebenleistungen wie die Erstellung von Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dgl. in deutscher Sprache, der Transport (inkl. Verpackung, Versicherung und Anlieferung an den bestimmungsgemäßen Leistungsort), das Aufstellen bzw. Installieren vor Ort und sonstige Kosten und Lasten wie Patentgebühren und Lizenzvergütungen abgegolten.

2. Änderungen der Leistung (zu § 2)

Wird bei Änderung der Leistung oder anderen Anordnungen des Auftraggebers eine erhöhte Vergütung beansprucht, so muss der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich vor der Ausführung, möglichst der Höhe nach, schriftlich anzeigen.

3. Mehr- oder Minderleistungen (zu § 2 Nr. 3)

(1) Soweit Preise je Einheit vereinbart sind, ist bei marktgängigen, serienmäßigen Erzeugnissen der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ohne Änderung der vertraglichen Einheitspreise Mehrleistungen bis zu 10 v.H. der im Auftrag festgelegten Mengen zu erbringen oder mit einer Minderung bis zu 10 v.H. einverstanden zu sein.

(2) Absatz 1 gilt nicht bei Minderleistungen, wenn nach Mengen gestaffelte Preise oder Rabatte wirksam gebunden sind.

4. Ausführungsunterlagen (zu §§ 3 und 4 Nr. 1)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind. Die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Verträge, insbesondere nach § 4 Nr. 1 Absatz 1 und § 14 VOL/B, werden hierdurch nicht eingeschränkt.

5. Ausführung der Leistung (zu §§ 4, 10)

(1) Bewachung und Verwahrung des gesamten Besitzes des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen einschließlich der Unterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. auf den Aufbaustellen – auch während der Arbeitsruhe – ist auch dann Sache des Auftragnehmers, wenn sich diese Gegenstände auf den Grundstücken oder in den Räumen des Auftraggebers befinden.

- (2) Der Auftragnehmer hat die ihm zur Ausführung der Leistung übergebenen Gegenstände vor unbefugtem Gebrauch zu schützen.
- (3) Hat der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadensersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, soweit der Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers oder seiner Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet für den Ausgleich § 254 BGB entsprechend Anwendung.
- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber spätestens zum Zeitpunkt des Gefahrenübergangs (Ziff. 11 Absatz 2) das volle uneingeschränkte Eigentum an dem geleisteten bzw. gelieferten Gegenstand zu verschaffen. Die Verschaffung erfolgt frei von Rechten Dritter.
- (5) Die Gegenstände sind an die von der Empfangsstelle bezeichneten Räume bzw. auf die Grundstücksteile (Leistungsort) zu liefern. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der die Bestell- und Positionsnummer, die Warenbezeichnung und den Liefertag enthält.
- (6) Bei Lieferungen müssen die zu liefernden Geräte bzw. Materialien den zum Zeitpunkt der Lieferung geltenden Gesetzen, Normen und Standards entsprechen, insbesondere dem Produktsicherheitsgesetz (Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (BGBI. I 2011, S. 2179)) in der jeweiligen Fassung.
- (7) Der Auftraggeber kann sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen unterrichten.

6. Nachunternehmer (zu § 4 Nr. 4)

Sind im Angebot Nachunternehmer oder Bezugsquellen angegeben, so darf sie der Auftragnehmer nicht ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers wechseln.

7. Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren (zu § 8 Nr. 1)

Wird die Eröffnung des Insolvenz- oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

8. Kündigung oder Rücktritt (zu §§ 8 und 9)

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn
- (a) der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der HHVA mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der HHVA Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten den Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind;
 - (b) der Auftragnehmer seine bestimmten Ausführungsfristen in zwei aufeinander folgenden Bestellungen überschreitet und die Überschreitung von ihm zu vertreten ist;
 - (c) wenn der Auftragnehmer aufgrund der Eintragungen in der nach Zuschlagserteilung nachgereichten Gewerbezentralregisterauskunft im vorangegangenen Vergabeverfahren hätte ausgeschlossen werden können.
- (2) Die Kündigung durch den Auftraggeber oder dem Auftragnehmer hat schriftlich zu erfolgen.

9. Vertragsstrafe (zu § 11)

- (1) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen die aus §§3, 3a, 5 und 10 Absatz 2 HmbVgG resultierenden Verpflichtungen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe beträgt je Verstoß 1 v. H. der Auftragssumme. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung der Vertragsstrafe nach S. 1 auch dann verpflichtet, wenn der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer zu vertreten ist.
- (2) Ergänzend vereinbarte Vertragsstrafen für die Überschreitung von Ausführungsfristen bleiben unberührt. Hiervon wiederum bleiben weitergehende Schadenersatzansprüche wegen der Überschreitung von Ausführungsfristen unberührt; die Vertragsstrafen nach diesem Absatz 2 werden jedoch auf solche Schadenersatzansprüche angerechnet.
- (3) Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafenbeträge wird auf insgesamt 5 v.H. der Auftragssumme begrenzt.
- (4) Der Anspruch auf Vertragsstrafe erlischt erst, wenn die Schlusszahlung ohne Vorbehalt geleistet wird.

10. Güteprüfung (zu § 12)

- (1) Die Beschaffenheit der der Zuschlagserteilung zu Grund gelegten Proben und Muster sind für die Güte der zu liefernden Gegenstände maßgebend und gelten als vereinbart; sie muss der in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Beschaffenheit entsprechen.
- (2) Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet. Stellt sich bei der Güteprüfung jedoch heraus, dass die gelieferten Waren nicht den Bedingungen entsprechen, so sind etwaige Kosten für die Güteprüfung vom Auftragnehmer zu tragen. Die durch die Güteprüfung verbrauchten oder wertlos gewordenen Waren werden dann nicht vergütet.

11. Lagerstandort des Auftraggebers

- (1) Der Lagerstandort in Hamburg Altenwerder (nachfolgend: Hauptlager) unterteilt sich in einen Außenlagerbereich (Maste, Fundamente, Provimaste, Mastzubehör) sowie in einen Hallenlagerbereich (Leuchten, Signalleuchten, Leuchtmittel etc.). Von diesem Lagerstandort erfolgen die wesentlichen Transportleistungen für die Baustellenversorgung (Hin- und Rücktransport). Ebenfalls zum Transport gehören Rücklieferungen von den Baustellen zum Lagerstandort oder zum Entsorgungsbetrieb.

Der Auftraggeber behält sich eine Änderung seiner Lager-Standorte innerhalb des Stadtgebietes der Freien und Hansestadt Hamburg während der Vertragslaufzeit vor.

Anschrift Hauptlager:

Rhenus AG & Co. KG, Niederlassung Hamburg
Altenwerder Hauptstraße 11-15, 21129 Hamburg, Deutschland

Öffnungszeiten Hauptlager

Hallenlager: Warenannahme: Montag – Freitag 07:00 – 15:00 Uhr

Verladung und Abholung: Montag – Freitag 07:00 – 17:00 Uhr

Außenlager: Montag – Freitag: 07:00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 16:00 Uhr

Administration/ Büro: Montag – Freitag: 07.00 – 17:00 Uhr

(2) Ladehilfsmittel

Als Ladehilfsmittel können geeignete Holzpaletten oder Gitterboxen verwendet werden. Diese werden in der zu verwendenden Form durch die HHVA oder den beauftragten Lager-Dienstleister zur Verfügung gestellt. Die beladene Palette darf die maximale Beladungshöhe von 1.800mm (Palette + Ladung) nicht überschreiten.

(3) Warenkennzeichnung

Die zu liefernde Ware ist gemäß Anlage „Hinweise zur Anlieferung von Waren“ zu kennzeichnen.

Der Auftragnehmer behält sich vor, die Annahme von Lieferungen ohne Typenschild bzw. Labelung zu verweigern.

12. Abnahme, Gefahrübergang (zu § 13)

(1) Die Leistung gilt als abgenommen:

- a) bei Lieferungen mit der vorbehaltlosen Schlusszahlung,
- b) bei Aufbauleistungen 12 Werktage nach Eingang des in Textform gestellten Antrages auf Abnahme, soweit der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigert.

(2) Die Gefahr geht auf den Auftraggeber über:

- a) bei Lieferungen mit der Entgegennahme durch die Empfangsstelle,
- b) bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

13. Haftung und Verjährung (zu § 14)

(1) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit Gefahrübergang (Ziff. 11). Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Einzelleistung maßgeblich.

(2) Mängel- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.

(3) Die Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer aus diesem Vertrag verjähren in drei Jahren. Die Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber aus diesem Vertrag verjähren in zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der schriftlichen Erklärung des Auftraggebers, dass die Leistung vertragsgemäß erbracht ist, spätestens mit der Anweisung der Schlusszahlung, gegebenenfalls der Teilschlusszahlung.

14. Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer muss eine Betriebshaftpflichtversicherung nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssumme besteht. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied in der vertraglich geforderten Höhe bestehen.

(2) Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

(3) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

15. Aufstellung der Rechnungen (zu § 15)

(1) Der Rechnungsversand hat ausschließlich digital per E-Mail zu erfolgen an: mhil@hhva.de

Bei E-Rechnungen wird das ZUGFeRD-Format bevorzugt.

(2) Die Bestell- bzw. Abruf- und Rahmenbestellnummer sind stets auf Lieferpapier und Rechnung anzugeben. Rechnungen ohne diese Angabe gelten als nicht gelegt, hindern den Eintritt der Fälligkeit und werden zurückgesandt.

(3) Die Rechnung hat jeweils:

- a. die Rechnungsanschrift und die Auftraggeber - Bestell- und Positionsnummer,
- b. die erbrachten Leistungen und den Zeitpunkt der Leistungserbringung (eindeutige Zuordnung auch zu entsprechenden Bestelländerungen) durch Beifügung der Stundennachweise/Materialnachweise/Gerätenachweise oder andere,
- c. das Ausstellungsdatum der Rechnung,
- d. die Rechnungsnummer des Auftragnehmers,
- e. Sofern zutreffend: die Angabe über eine im Voraus vereinbarte Minderung des Entgeltes gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 7 UStG
- f. den Steuersatz und den Steuerbetrag gesondert (auch bei Vorauszahlungen unter 5.000,-- EUR),
- g. die Steuernummer oder die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer auszuweisen.
- h. Sofern zutreffend: bei Steuerschuldnerschaft des Auftraggebers als Leistungsempfänger: Angabe von "Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers"

(4) Für selbstständige Teilleistungen (Teillieferungen) können nach Vereinbarung Teilrechnungen eingereicht werden.

Zurückweisungsrecht:

Bei unvollständiger oder fehlerhafter Rechnungslegung, die eine eindeutige Zuordnung und/oder Prüfbarkeit der Rechnung erheblich erschwert, ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechnung zurückzuweisen; in diesem Fall tritt kein Zahlungsverzug ein.

16. Zahlungsweise, Abtretung, Aufrechnung (zu § 17)

(1) Soweit im Auftrag nichts anders vereinbart wurde, zahlen die Hamburg Verkehrsanlagen innerhalb von 30 Tagen.

(2) Die Zahlungen erfolgen standardmäßig jeweils an den Zahltagen Montag und Donnerstag für alle Rechnungen, die jeweils bis zum Zahltag einschließlich fällig sind.

(3) Skontofristen beginnen mit dem Tage des Eingangs der Rechnungen (Eingangsstempel der zuständigen Empfangsstelle), jedoch

- a) bei Aufbauleistungen nicht vor dem Tage der Abnahme
- b) bei allen anderen Leistungen nicht vor dem Tage der Erfüllung.

(4) Der Rechnungsbetrag wird ausschließlich bargeldlos auf ein in der Rechnung angegebenes Konto gezahlt.

(5) Die Abtretung einer Forderung aus dem Vertrag ist nur mit Zustimmung der Hamburg Verkehrsanlagen GmbH rechtswirksam. Der Auftragnehmer hat die Abtretungsanzeige der Abteilung vorzulegen, die die Vertragsleistungen abzunehmen hat. Die Hamburg Verkehrsanlagen GmbH teilen dem Auftragnehmer und dem neuen Gläubiger ihre Entscheidung mit.

(6) Der Auftraggeber ist berechtigt, mit allen Gegenforderungen – auch aus anderen Rechtsverhältnissen – aufzurechnen.

17. Sicherheitsleistung (zu § 18)

(1) Ist für die Ausführung der Verträge und die Durchsetzung von Mängelansprüchen eine Sicherheit vereinbart, so beträgt sie 5 v.H. der Vertragssumme. Sicherheitsbeträge werden auf volle 10,-- Euro nach unten abgerundet.

(2) Wird die Sicherheit nicht binnen 12 Werktagen nach Zuschlagserteilung geleistet, so werden von jeder Abschlagszahlung 10 v.H. einbehalten, bis 5 v.H. der Gesamtauftragssumme erreicht sind. Werden Abschlagszahlungen nicht geleistet, so wird der Sicherheitsbetrag von der Abrechnungssumme einbehalten.

(3) Die Sicherheit wird nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche freigegeben, wenn während dieser Frist keine Mängel der Leistungen festgestellt werden. Werden vor Ablauf der Frist Mängel festgestellt, so bleibt die Sicherheit bis zur Beseitigung der Mängel gesperrt.

18. Streitigkeiten (zu § 19)

(1) Bei Meinungsverschiedenheiten ist zunächst die Entscheidung der für die Abnahme der Leistung zuständigen Stelle herbeizuführen. Die Entscheidung gilt als anerkannt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen eines Monats hiergegen beim Auftraggeber schriftlich Einwendungen erhebt.

(2) Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).

(3) Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache.

(4) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis ist Hamburg.

19. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand, werden nicht Vertragsbestandteil; dies gilt auch für den Fall, dass diese durch ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben einbezogen werden sollen. Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen beinhalten, führt dies im Regelfall zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren.

20. Unzulässige Wettbewerbsabsprachen

(1) Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v. H. der Nettoabrechnungssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereist erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

(2) Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern/Bewerbern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, es sei denn, das sie nach dem Gesetz
- gegen Wettbewerbsbeschränkungen zulässig sind.

Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.